

Zusammenfassung zum zweiten Treffen
im Rahmen des ThinkTanks-Tandem, Genshagen 22.10.16*

Die Europäische Nachbarschaftspolitik, Sicherheit und Stabilität im Umfeld der EU

von Stefan Seidendorf

Die Wahl zwischen geopolitischem Realismus und Scheitern am eigenen Anspruch?

* Dr. Stefan Seidendorf ist stellvertretender Direktor des Deutsch-Französischen Instituts (dfi).
Korrespondenzanschrift:
Asperger Str. 34,
D-71634 Ludwigsburg,
+49-7141-93 03 11
seidendorf@dfi.de

Die zweite Sitzung der Initiative „Think Tanks Tandem“ fand am 21.-22. Oktober 2016 in der Stiftung Genshagen statt. Rund 50 Vertreter namhafter deutscher und französischer Think Tanks sowie deutscher, französischer und europäischer Behörden trafen zu zwei offenen Gesprächsrunden zusammen. Die zweite Runde (22.10.) behandelte die Frage der Weiterentwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Moderiert von Dr. Elma Tulmets, Projektleiterin an der Stiftung Genshagen, wurde die Debatte mit zwei Kurzvorträgen eröffnet. Auf Nicolas Suran, Botschafter im Politischen und Sicherheitskomitee (PSK) der EU bei der ständigen Vertretung Frankreichs in Brüssel, antwortete Dr. Tobias Schumacher, Professor am Europakolleg in Natolin.

Zusammenfassung

Der ENP fehlt es an politischer Führung, um den in sie gesetzten Ansprüchen gerecht zu werden und schnell auf neue Herausforderungen zu reagieren. Ohne weitere Vergemeinschaftung von derzeit mitgliedstaatlichen Kompetenzen, in den hier relevanten Politikbereichen kaum vorstellbar, bleibt es jedoch (bestenfalls) bei der Abstimmung der politischen Präferenzen zwischen einflussreicheren Mitgliedstaaten, denn kein einzelner EU-Mitgliedstaat besitzt die Kraft und den Willen zum „Hegemon“. Angesichts dieser Zwickmühle wäre ein alternatives Modell denkbar, das

von den politischen Realitäten ausgeht, das heißt der außenpolitisch weiterhin entscheidenden Rolle einiger größerer Mitgliedstaaten. Könnten diese ihre politischen Prioritäten im Hinblick auf wichtige Partner und Nachbarn abstimmen, wäre es denkbar, die Instrumente gemeinschaftlicher Außenpolitik flankierend und unterstützend zur Realisierung der genannten Prioritäten einzusetzen. So wäre eine differenzierte Herangehensweise (je nach Nachbarland) denkbar, die zur besseren Abstimmung zwischen verschiedenen Ebenen und zur besseren Nutzung der vorhandenen gemeinsamen Instrumente führen würde. Dabei stünde jedoch die Verwirklichung der (gemeinsamen) mitgliedstaatlichen außenpolitischen Ziele im Vordergrund, der transformative Anspruch einer eigenständigen EU-Außen- und Nachbarschaftspolitik mit dem Ziel, das nähere Umfeld zu stabilisieren und zu demokratisieren, würde aufgegeben.

Die beiden einleitenden Vorträge situieren die ENP zwischen den realpolitischen Herausforderungen einer durch gewaltsame Krisen geprägten Nachbarschaft und der Schwierigkeit, im Rahmen einer geschwächten und mit sich selbst beschäftigten EU einen kohärenten europäischen Politikansatz zu formulieren. Diese Spannung, der die ENP derzeit ausgesetzt ist, schlägt sich in der jüngsten Reform der Politik nieder.

Was ist die ENP?

Die Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) bildet den Rahmen für die Beziehungen der EU mit 16 östlichen und südlichen Nachbarstaaten (im Süden: Algerien, Ägypten, Israel, Jordanien, Libanon, Libyen, Marokko, die palästinensischen Gebiete, Syrien und Tunesien. Im Osten: Armenien, Aserbeidschan, Belarus, Georgien, Moldau, Ukraine. Russland kommt ein Sonderstatus zu). Die ENP wurde mit dem Ziel gegründet, zwischen der EU und ihren Nachbarn eine Zone des Fortschritts, der Stabilität und Sicherheit zu schaffen. Diese soll durch Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte geprägt sein.

Seit der letzten Überarbeitung der ENP liegt die Kernaufgabe dieser Politik verstärkt in der Stabilisierung der EU-Nachbarschaft, was politische, wirtschaftliche und Sicherheitsaspekte beinhaltet. Sie unterscheidet sich damit von ihren historischen Vorläufern (u.a. EU-Mittelmeerpolitik, Barcelona-Prozess) und den ersten Ansätzen der ENP (2003-04), die einen deutlich stärkeren Akzent auf die gesellschaftliche Transformation des nahen Umfelds der EU legten.

Die ENP wird hauptsächlich durch das ENP-Instrument finanziert (15,4 Mrd € für den Zeitraum 2014-2020 für die 16 beteiligten Nachbarländer). Konkret werden die gemeinsamen Prioritäten über bilaterale Verträge (sog. ENP Aktionspläne) zwischen der EU und dem jeweiligen Partnerland umgesetzt.

Herausforderungen für die ENP

Die ENP hat derzeit mit zwei fundamentalen Herausforderungen zu kämpfen. Einerseits gibt es Zweifel an der *Angemessenheit* und Sinnhaftigkeit des Ansatzes einer ENP, andererseits Fragen nach der *Effizienz* des Ansatzes im Angesicht fehlender politischer Steuerungsmöglichkeiten und der neuen Aktualität geopolitischer Fragen.

Zweifel an der ENP

Die ENP wurde zunächst als strukturelle, langfristig angelegte Politik entwickelt, um die Beziehungen zum EU-Umfeld mit den Mitteln der EU zu gestalten. Das bedeutet, im Vordergrund stehen Handelsliberali-

sierung und Zugang zum Binnenmarkt, die Vermittlung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie über Verfahren und die Institutionalisierung von *policy*-Prozessen, schließlich das Vertrauen, dass die in diesen Normen, Verfahren und Institutionen angelegte *soft power* auf Dauer das Verhältnis zu den Nachbarstaaten im Sinne der EU gestalten würde. Dabei kommen nichtstaatlichen Akteuren, insbesondere zivilgesellschaftlichen Initiativen, organisierten Interessengruppen und den Trägern einer bürgerschaftlichen Öffentlichkeit, eine besondere Aufmerksamkeit als Agenten des Wandels zu.

Es kann also argumentiert werden, dass die ENP die im Rahmen der EU seit den fünfziger Jahren erfolgreich entwickelten Instrumente und Ansätze nach Außen projiziert. Dabei wurde in der Diskussion jedoch deutlich, dass die EU selbst derzeit in ihrem Inneren in einer Situation zunehmender Orientierungslosigkeit an der Bedeutung und der Wirksamkeit der genannten Elemente zweifelt (bspw. in der Debatte über die Freihandelsverträge mit Kanada und den USA, der Diskussion um die Einschränkung der Personenfreizügigkeit, der zunehmenden Kritik an der angeblich mangelnden demokratischen Qualität verbindlicher, supranational verabschiedeter Gesetze).

Diese Zweifel gelten in noch stärkerem Maße im Hinblick auf die ENP, und zwar sowohl in normativer Hinsicht (hat die EU überhaupt das Recht, „ihr“ Modell verbreiten zu wollen und den Ländern in ihrer Nachbarschaft aufzudrängen, oder sollte sie sich nicht auf klassische Interessenpolitik und die Definition geopolitischer Einflussphären beschränken?), als auch in der Frage der empirischen „Wirksamkeit“ der ENP, denn die Fälle gelungener Transformation (oder Stabilisierung) im nahen EU-Umfeld sind nicht eben zahlreich. Besonders die weitere Entwicklung in Tunesien, Aserbeidschan, Georgien und der Republik Moldau wird dabei zum Testfall dafür werden, ob das EU-Modell auch außerhalb der Union wirken kann. Das würde bedeuten, dass sich auch jenseits der Grenzen der EU die im Rahmen der EU erfahrene langfristig stabilisierende Wirkung von Friedenssicherung, Wohlstand und der Garantie individueller Freiheitsrechte entfalten kann. Die skeptischeren Beiträge verwiesen darauf, dass es letztendlich viel mehr vom Vorhandensein bestimmter Voraussetzungen in den Partnerländern (Bildungs-

niveau, Zivilgesellschaft, Mittelschicht, Wirtschaftsstrukturen...) abhängen, als vom Agieren der EU, ob ein Transformationsprozess erfolgreich verlaufen kann. Vertreter institutionalistischer Ansätze verwiesen jedoch auf andere Beispiele für „Wandel durch Annäherung“, die (bspw. im Rahmen des KSZE-Prozesses in den 1970er Jahren) nicht unbedingt davon abhängen, ob sich die politischen Eliten (als Verhandlungspartner) aus intrinsischer Überzeugung zum Wertekatalog der EU bekennen, oder ob sie eher aus strategischen Überlegungen Instrumente akzeptierten, die dann von anderen Akteuren in diesen Ländern benutzt werden konnten.

Effizienz des Ansatzes und fehlende politische Führung

Besonders von Seiten der teilnehmenden erfahrenen Diplomaten wurde darauf hingewiesen, dass die ENP unter dem Fehlen politischer Zielvorgaben leide. Bei der Festlegung der Prioritäten im Trade-Off zwischen kurzfristiger, realpolitischer Krisenreaktion und langfristig auf System-Transformation hinwirkendem Wandel müsste ein politischer Akteur Führung vorgeben. Die dann festgelegten Entscheidungen bedürfen ihrerseits einer demokratischen (vor einem Parlament) Legitimation. Diesen Akteur gibt es in der EU heute auf der EU-Ebene nicht, von den Mitgliedstaaten ist wie bekannt kein einzelner Staat in der Lage, diese Führung (auch gegenüber den anderen Mitgliedstaaten) zu schultern und dabei eine gesamteuropäische Perspektive einzunehmen. Stattdessen findet die politische Prioritätenfestlegung und insbesondere Krisenreaktion nach wie vor auf nationalstaatlicher Ebene statt, ohne notwendigerweise die europäische Ebene – bzw. die dort entwickelten Politiken im Rahmen der ENP – mit einzubeziehen. Die ENP läuft dadurch bisweilen einer erfolgreichen, durch ein kohärentes Zusammenspiel der verschiedenen Maßnahmen gekennzeichneten Außenpolitik sogar zuwider. So müsste zunächst das geopolitische Verhältnis der EU zu mächtigen Akteuren wie Russland, Saudi-Arabien und Katar politisch definiert werden, bevor dann eine angemessene Nachbarschaftspolitik für Staaten, die in der Einflusszone zwischen der EU und den genannten Staaten liegen, definiert

werden könnte. Dies gilt bspw. für Libyen oder Tunesien und die Rolle, die Saudi-Arabien und Katar dort spielen.

Einschätzung der ENP-Reform 2015

Die erneute Überarbeitung (nach 2011) der ENP ist zu einem guten Grad der erwähnten (geo-)politischen Realität geschuldet. Im Angesicht mehrerer gewaltsamer Konflikte im direkten Umfeld der EU müssen die Mitgliedstaaten die Priorität auf Waffenstillstand und Stabilisierung richten. Gleichzeitig besteht damit aber die Gefahr, dass der Anspruch der EU, Reformprozesse in den Nachbarländern anzustoßen und zu begleiten, begraben wird.

Diese Kritik lässt sich an mehreren konkreten Elementen der überarbeiteten Politik festmachen.

Differenzierung

Die EU hält nach wie vor am Ziel einer „einheitlichen“ ENP fest. Dabei wäre die Politik möglicherweise effizienter, würde sie sich differenziert auf die verschiedenen Konstellationen und Partnerländer einlassen. Dies würde aber beinhalten, dass zunächst politisch die Prioritäten im Verhältnis zu den verschiedenen Nachbarländern festgelegt würden, womit sich die ENP derzeit – in Abwesenheit politischer Führung im außenpolitischen Bereich auf EU-Ebene – schwer tut. Diese Kritik führte unter anderem zu Überlegungen nach einem alternativen außenpolitischen Ansatz, der zunächst von der Koordination mitgliedstaatlicher Präferenzen ausgeht, die dann zu politischer Führung verdichtet werden könnten.

Eigentümerschaft / Ownership

Um dem Vorwurf des Eurozentrismus⁷ zu entgehen, war es wohl unvermeidlich, den Partnerländern die „Mit-Eigentümerschaft“ an der ENP anzubieten. Dies führt aber auch zur Legitimierung nicht-demokratischer Regime, die die vorhandenen Spielräume nützen und die Prinzipien und Instrumente der EU-Politik für sich vereinbaren. Für die Reformkräfte in diesen Ländern hat das erhebliche Nachteile, ebenso für die Glaubwürdigkeit der EU.

Kompetenzverteilung und Kohärenz

Gleichzeitig brachte die Reform wenig Veränderung bei der Kompetenzverteilung. Immer noch gibt es Konflikte und

Reibungsverluste (etwa zwischen Europäischer Kommission und Europäischem Auswärtigem Dienst), manchmal auch fortbestehende Doppelungen. Dies ist bspw. bei der Mittelmeerpolitik der Fall, die sowohl über die ENP, als auch über die „Mittelmeerunion“ betrieben wird, was dennoch die Mitgliedstaaten nicht davon abhält, ihre eigene Agenda zu entwickeln und durchzusetzen.

Steuerung und Prioritäten

Aus dieser Situation folgt, dass die EU nicht wirklich weiß, welches ihre außenpolitischen Prioritäten sind, und wie sie diese umsetzen soll. Gleichzeitig hat sie es im Osten und im Süden mit Akteuren zu tun, die über ausgeprägte Machtressourcen verfügen, sowie über die Bereitschaft, diese Ressourcen einzusetzen, um sich gegen andere Länder durchzusetzen (Bspw. Katar und die Türkei gegen die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten in Libyen).

Weiterentwicklung der ENP und kritische Fragen

Die Kritik lässt sich also auf die Frage zu spitzen, wie sich das nun übergeordnete Ziel, Stabilität zu fördern (anstelle der vorher zentralen „System-Transformation“), umsetzen lässt, ohne dabei autokratische und autoritäre Regime zu unterstützen. Der EU fehlt es hier an der Fähigkeit, eigene politische Prioritäten zu definieren, um ihre Ziele zu erreichen und es besteht die Gefahr, dass die ENP zu einem rein technokratischen Prozess verkommt, der keinen politischen Gestaltungsspielraum zulässt (obwohl die ENP diesen ja gerade schaffen soll).

Die ENP in ihrer derzeitigen Form fehlt es an der Möglichkeit, je nach Land und Situation zu einem differenzierten Ansatz zu kommen und die nötigen spezifischen Instrumente zu mobilisieren. Der hauptsächlichliche Hebel der ENP, die positive Konditionalität, verweist dabei bis heute auf die Herkunft der ENP aus der (Ost-) Erweiterungspolitik. Dabei ist die Frage nach weiteren Erweiterungen (vor oder ohne eine Konsolidierung der bestehenden EU) heute zumindest umstritten und es ist unklar, wie Konditionalität ohne das Fernziel einer EU-Mitgliedschaft Wirkung entfalten sollte.

Die jüngsten Krisenentwicklungen in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU

verdeutlichen dabei die Schwierigkeit der EU, politische Prioritäten festzulegen und diese dann durch geeignete *policy*-Instrumente kohärent umzusetzen. Während im Rahmen der ENP nach wie vor (bei zunehmender Betonung der „Stabilisierung“) auf Wandel durch Annäherung gesetzt wird, ist die Politik der Mitgliedstaaten viel stärker durch Migrationsfragen dominiert, die ihrerseits zunehmend als Sicherheitspolitik dekliniert werden. Dem steht jedoch entgegen, dass die EU ihrem Selbstverständnis nach kein klassischer geopolitischer Block sein kann, ohne ihre Glaubwürdigkeit einzubüßen. Da die EU kein Staat ist und nicht über nationalstaatliche Attribute verfügt (Territorium, Staatsvolk, Verfassung, gemeinsame Geschichte), ist die Glaubwürdigkeit ihres Ansatzes jedoch ein wesentlich wichtigerer Faktor (als im nationalstaatlichen Fall), wenn es darum geht, der Union auf Dauer eine Existenz und eine Wirksamkeit zu gewährleisten.

Ausblick

Im Fazit zeigte sich, dass sich diese Probleme der ENP ohne eine stärkere Vergemeinschaftung der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht lösen lassen. Die ENP hat keinen starken Unterstützer unter den Mitgliedstaaten, der sein politisches Kapital für die Entwicklung gesamteuropäischer außenpolitischer Prioritäten einsetzen würde (oder nur könnte). Auf europäischer Ebene fehlt ein Akteur, der die notwendigen politischen Prioritäten festlegen könnte.

Alternativ zu dieser Weiterentwicklung der ENP wäre ein Paradigmenwechsel denkbar, der einer Aufgabe (zumindest vorübergehend) der ENP gleichkäme und stattdessen für jeden Nachbarn eine individuelle, maßgeschneiderte dafür aber kohärente Politik definieren würde. Doch auch in diesem Modell wäre die Schwierigkeit, wie mitgliedstaatliches außenpolitisches Handeln und ein gesamteuropäischer Ansatz verbunden werden könnten. Eine solche Politik müsste ausgehen von einem Abstimmungsprozess zwischen den Mitgliedstaaten, der zur Definition des geopolitischen Verhältnisses zu den anderen großen Mächten, mit denen die EU-Staaten zu tun haben, beginnt. Darauf aufbauend könnten die zu diesem geopolitischen Verhältnis „passenden“ gemeinschaftlichen Politiken (etwa für

Belarus, Tunesien...) definiert werden. So könnte bspw. dem Dilemma der unterschiedlichen politischen Zeitlichkeiten begegnet werden: Während in einer revolutionären Umsturzphase langfristig und strukturell angelegte ENP-Programme große Schwierigkeiten haben, mit den Entwicklungen Schritt zu halten, hat der Fall Libyen gezeigt, dass die kurzfristige Intervention eines einzelnen Mitgliedstaates ohne langfristige Strategie zu einer problematischen Situation führt.

Auch wenn die Frage nach demokratischer Transformation für alle von der ENP betroffenen Länder auf der Tagesordnung bleibt, wird es also auch darum gehen müssen, pragmatisch und realistisch das Verhältnis zwischen kurzfristiger Sicherheitspolitik (um bewaffnete Auseinandersetzungen zu verhindern / zu beenden und zerbrechliche Situationen, wie in der Ukraine, zu stabilisieren) und der Ausübung langfristig wirkender *soft power* zu definieren. Dies könnte gelingen, wenn Frankreich und Deutschland gemeinsam bereit wären, sich auf einen solchen Abstimmungsprozess zwischen EU- und nationalen bzw. bilateralen Instrumenten einzulassen und dabei konstruktiv mit weiteren Mitgliedsländern im Osten und Süden zusammenarbeiten würden.

Jenseits der kurzfristigen Krisenpolitik und mit Blick auf die längerfristige externe Demokratieförderung wurden schließlich noch verschiedene Elemente einer erfolgreichen Politik debattiert:

Im Angesicht der Unsicherheit und der Instabilität, vor allem im Hinblick auf den Maghreb und Afrika, sollte die EU sich auf die Verbindung ihrer normativen Grundlagen mit realpolitischen Elementen besinnen. Realpolitisch könnten die Handelsabhängigkeiten (die EU-Nachbarn wickeln zwischen 40 und 90% ihres Außenhandels mit der EU ab) etwa den nordafrikanischen Ländern sehr deutlich vor Augen geführt werden. Dabei hat sich gezeigt, dass auch autoritäre Regime bereit sind, sich auf technische und institutionelle Verfahren einzulassen, wenn die Abhängigkeiten bewusst sind (bspw. das Luftfahrtabkommen mit Marokko). Darüber hinaus darf die EU jedoch auch in schwierigen Fällen die Förderung und Unterstützung der Zivilgesellschaft als substanziellem Bestandteil ihres politischen Modells nicht aufgeben und nicht zur Verhandlungssache machen, denn nur gemeinsam mit den zivilgesellschaftlichen

Kräften kann mittel- und langfristiger Wandel im Sinne der EU in den Ländern der unmittelbaren Nachbarschaft gelingen.

Schließlich ist auf Seiten der EU zu überlegen, wie die Wirksamkeit der verschiedenen Politiken erhöht werden und ihre Kohärenz untereinander verstärkt werden kann. Dabei wird sich die Frage nach weiteren Kompetenztransfers auf die EU-Ebene stellen. Das nationalstaatliche Denken in „Einflusssphären“ und „historischen Beziehungen“ könnte bspw. in einen gesamteuropäischen Ansatz eingebunden werden über einen „Marshallplan für die EU-Nachbarschaft“, wie von Wolfgang Schäuble vorgeschlagen. Dieser könnte gemeinsam mit Mitgliedstaaten und Europäischer Kommission, unter Einbeziehung des Europäischen Parlaments, finanziert, verwaltet und organisiert werden und würde so ein Instrument für eine stärkere europäische Koordinierung und einen kohärenten Politikansatz bilden.

Alternative Ansätze zur gegenwärtigen ENP betonten die Unmöglichkeit weiterer Vergemeinschaftungen. Stattdessen sollte sich die EU-Außenpolitik an den geopolitischen Realitäten orientieren, was bedeutet, dass Staaten auf absehbare Zeit die entscheidenden und weiterhin souveränen Akteure der Außenpolitik sind. Besonders für Frankreich, aber zunehmend auch für Deutschland, ist dies eine attraktive Alternative, da sie über entsprechende wirtschaftliche, diplomatische und militärische Einflussmöglichkeiten verfügen. Zwischen diesen Staaten sollte in bewährten diplomatischen Verfahren (seit der Europäischen Politischen Zusammenarbeit in den siebziger Jahren) nach möglicher Abstimmung gesucht werden. Wird eine gemeinsame Haltung möglich, könnte sie durch entsprechende EU-Politiken dem jeweiligen Drittland gegenüber flankiert werden.

Dabei bleibt jedoch die offene Frage, ob die Gemeinsamkeiten zwischen Frankreich und Deutschland tatsächlich ausreichend sind, um zu einer akzeptablen gesamteuropäischen Position zu kommen, die mehr als der kleinste gemeinsame Nenner wäre.

2. SITZUNG DER INITIATIVE THINK TANKS TANDEM
Stiftung Genshagen, Am Schloss 1, 14974 Genshagen
21.-22. Oktober 2016

TEILNEHMERLISTE

Stand: 20.10.2016

1. *Alexandre Adam*, Erster Sekretär, EU-Beauftragter, Französische Botschaft in Deutschland
2. *Fanny Anor*, Senior Analyst, Institut Montaigne
3. *Anaïs Adriaens-Allemand*, Beraterin und Redenschreiberin, Büro des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten Harlem Désir, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
4. *Elisabeth Ardaillon-Poirier*, Principal Adviser, European Political Strategy Centre (EPSC)
5. *Yves Bertoncini*, Direktor, Notre Europe – Institut Jacques Delors
6. *Stefan Dehnert*, Büroleiter Paris, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
7. *Harlem Désir*, Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
8. *Admiral Jürgen Ehle*, Abteilungsleiter Militärpolitik, deutsche Ständige Vertretung bei der EU
9. *Philippe Étienne*, Botschafter der Republik Frankreich in Deutschland
10. *Karin Foistner*, stellvertretende Referatsleiterin Frankreich, Monaco, Benelux, Auswärtiges Amt
11. *Ryszarda Formuszewicz*, Projektleiterin, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
12. *Dr. Nino Galetti*, Büroleiter Paris, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
13. *Alban Genty*, Project Manager, Progressives Zentrum
14. *Jean-Paul Guihaumé*, stellvertretender Direktor für Deutschland und das alpine und adriatische Europa, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
15. *Thorniké Gordadzé*, Educational Consultant (training, studies and research), Institut des hautes études de défense nationale (IHEDN)
16. *Julie Hamann*, Programmmitarbeiterin, Programm Frankreich/deutsch-französische Beziehungen, Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP)
17. *Nina Henke*, Projektleiterin und Öffentlichkeitsarbeit, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
18. *Dr. Hans-Dieter Heumann*, Associate Director, Center for International Security, Universität Bonn
19. *Elisabeth Hoffmann*, Projektleiterin, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
20. *Anna-Maria Kellner*, Referentin, Außen- und Sicherheitspolitik, Friedrich-Ebert-Stiftung (FES)
21. *Dr. Ronja Kempin*, Senior Fellow, Forschungsgruppe „EU/Europa“, Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP)
22. *Dr. Tobias Koepf*, Projektleiter, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
23. *Dr. Martin Koopmann*, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
24. *Dr. Barbara Kunz*, Wissenschaftlerin, Comité d'études des relations franco-allemandes (Cerfa) / Institut français des relations internationales (Ifri)
25. *Heidi Kuhlmann*, Referentin Europapolitik, Jacques Delors Institut Berlin
26. *Andreas Krüger*, Referatsleiter Syrien, Irak, Libanon und Anti-ISIS Strategie, Auswärtiges Amt
27. *Dr. Maxime Lefebvre*, Botschafter, Mitglied des Observatoire Europe, Fondation Jean Jaurès
28. *Gudrun Lingner*, stellvertretende Generalsekretärin für deutsch-französische Beziehungen des Staatssekretärs für europäische Angelegenheiten Harlem Désir, französisches Ministerium für auswärtige Angelegenheiten und internationale Entwicklung
29. *Anne Macey*, Chief executive officer, Confrontations Europe

30. *Charles de Marcilly*, Büroleiter Brüssel, Fondation Robert Schuman
31. *Jean-Pierre Maulny*, stellvertretender Direktor, Institut de relations internationales et stratégiques (IRIS)
32. *Lena Morozova*, Leiterin der Entwicklungsabteilung, EuropaNova
33. *Marc-Olivier Padis*, Referent, Terra Nova
34. *Thomas Pellerin-Carlin*, Forscher, Energiepolitik der EU, Notre Europe - Institut Jacques Delors
35. *Jean-Christophe Ploquin*, Chefredakteur, La Croix
36. *Sophie Pornschlegel*, Vorstandsmitglied, Polis 180
37. *Dr. Christine Pütz*, Referentin Europapolitik, Heinrich-Böll-Stiftung
38. *Michael Roth*, MdB, Staatsminister für Europa, Auswärtiges Amt
39. *Philipp Sälhoff*, Senior Project Manager, Progressives Zentrum
40. *Sylvia Schmidt*, Junior Professional, Programm Europas Zukunft, Bertelsmann Stiftung
41. *Dr. Georg Schulze Zumkley*, stellvertretender Referatsleiter, Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik, Auswärtiges Amt
42. *Prof. Dr. Tobias Schumacher*, Lehrstuhl Europäische Nachbarschaftspolitik, Europakolleg Natolin
43. *Dominic Schwickert*, Geschäftsführer, Progressives Zentrum
44. *Dr. Stefan Seidendorf*, stellvertretender Direktor, Deutsch-Französisches Institut Ludwigsburg (dfi)
45. *Klemens Semtner*, Leiter des Staatsministers für Europa Michael Roth, Auswärtiges Amt
46. *Lucie Stepanyan*, stellvertretende Generalsekretärin für deutsch-französische Beziehungen, Büro des Staatsministers für Europa Michael Roth, Auswärtiges Amt
47. *Nicolas Suran*, Botschafter, PSK-Vertreter, Ständige Vertretung Frankreichs bei der EU
48. *Jeanette Süß*, Projektassistentin, Programm „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
49. *Dr. Elsa Tulumets*, Projektleiterin, „Europäischer Dialog – Europa politisch denken“, Stiftung Genshagen
50. *Pierre Vimont*, ehemaliger Geschäftsführender Generalsekretär des Europäischen Auswärtigen Dienstes, assoziierter Forscher, Carnegie Europe, Brüssel
51. *Olaf Wientzek*, Koordinator Europapolitik, Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS)
52. *Amélie Zima*, Postdoktorandin, Institut de recherche stratégique de l'école militaire (IRSEM)

2. SITZUNG DER INITIATIVE THINK TANKS TANDEM
Stiftung Genshagen, Am Schloss 1, 14974 Genshagen
21.-22. Oktober 2016

Liste der Publikationen der teilnehmenden
deutschen und französischen Think Tanks

Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)

- Dimitris Bouris & Tobias Schumacher*, *The European Neighbourhood Policy. Continuity and Change in EU Foreign Policy*, Basingstoke: Palgrave Macmillan, 2016.
- Liana Fix und Anna-Lena Kirch*, „Germany and the Eastern Partnership after the Ukraine crisis“, *Notes du Cerfa* n° 128, Januar 2016.
- Michel Foucher & Gilles Lepesant*, „Pour une nouvelle politique des voisinages“, *Fondation Robert Schuman, Question d'Europe* n°357, Mai 2015.
- Barbara Kunz*, „After the end of the end of History: what Europe should learn from the Ukraine crisis for its foreign relations. Four lessons and a ceterum censeo“, *Genshagener Papiere* n° 15, Dezember 2014.
- Eneko Landaburu*, „La politique de voisinage: stop ou encore?“, *Tribune, Institut Jacques Delors*, Mai 2015.
- Maxime Lefebvre*, „The Ukraine Crisis and the Role of the OSCE from a French Perspective“, *Institute for Peace Research and Security Policy at the University of Hamburg/ IFSH (Ed.) OSCE Yearbook 2015*, S.91- 104.
- Maxime Lefebvre*, „La France et l'Allemagne: quelle convergence sur le terrain diplomatique?“, *Diplomatie*, September-Oktober 2016, S. 45-49.
- Philipp Offenberg*, „La politique européenne de voisinage et la sécurité d'approvisionnement de l'UE en gaz naturel“, *Policy paper 156, Institut Jacques Delors*, Januar 2016.
- Christian Rieck, Gunter Moncayo Rieck & Olaf Wientzek*, „Reformpartnerschaft mit Nordafrika - Wirtschaftliche Integration als erster Schritt für eine umfassende EU-Afrika-Kooperation“, *Analysen und Argumente*, n°208, Konrad Adenauer Stiftung, Juni 2016.
- Katrin Sold & Elsa Tulumets*, „Französische Nachbarschaftspolitik: Privilegierte Beziehungen mit dem Süden, begrenztes Interesse am Osten“, *Bundeszentrale für politische Bildung*, April 2013.
- Tobias Schumacher, Andreas Marchetti & Thomas Demmelhuber*, *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy*, im Erscheinen.
- Tobias Schumacher*, „Back to the Future: The 'New' ENP towards the Southern Neighbourhood and the End of Ambition“, *CEPOB 1*, Januar 2016.
- Tobias Schumacher*, „How to make the European Neighbourhood Policy fit for purpose“, *Europe's World*, Juni 2015.
- Tobias Schumacher*, „Uncertainty at the EU's Borders: Narratives of EU External Relations in the Revised European Neighbourhood Policy towards the Southern Borderlands“, *European Security*, Vol. 24, No. 3, S. 381-401.
- Robert Schwarz & Sabine Donner & Hauke Hartmann*, „Transformation Index BTI 2016“, *Bertelsmann Stiftung*, 2016.
- Elsa Tulumets*, *East Central European Foreign Policy Identity in Perspective. Back to Europe and the EU's Neighbourhood*, Palgrave Macmillan, 2014.
- Elsa Tulumets & Petr Kratochvíl*, „Constructivist Approaches to the Study of the ENP“, in: *Tobias Schumacher, Thomas Demmelhuber & Andreas Marchetti (eds.)*, *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy*, Routledge, im Erscheinen.
- Elsa Tulumets & Laure Delcour*, „Les relations franco-allemandes face au conflit russo-géorgien: des initiatives diplomatiques parallèles“, in: *Claire Demesmay, Martin Koopmann & Julien Thorel (eds.)*, *L'Atelier du Consensus. Processus franco-allemands de communication et de décision*, Cergy-Pontoise, CIRAC, 2014, S. 99-111, (deutsche Version: *Die Konsenswerkstatt*, Baden-Baden, Nomos, 2013).
- Julia Wanninger*, „Der Westliche Balkan – Prüfstein deutscher und europäischer Außenpolitik“, *Notes du Cerfa*, n° 130, Mai 2016.
- Sarah Wohlfeld*, „Gerade jetzt: Der Westliche Balkan braucht eine klare EU-Perspektive“, *DGAPstandpunkt* n° 7, Juli 2016.